



**Neujahrsansprache von Herrn Ralf Broß
Oberbürgermeister a.D. und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Städtetag Baden-Württemberg
am 21. Januar 2024
in Remseck**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Dirk Schönberger,
vielen Dank für die Begrüßung.

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Remseck,
meine Damen und Herren Abgeordneten aus dem Bundestag und dem Landtag,
liebe Gäste,

ich darf Sie alle recht herzlich zu diesem Neujahrsempfang hier in der Stadthalle im
Namen des Städtetags Baden-Württemberg grüßen.

Ich bedanke mich für die Einladung und für die große Ehre, die Neujahrsansprache
halten zu dürfen. Für mich selber ist das eine Art Perspektivenwechsel. Denn ich
habe in den letzten Jahren selber als Oberbürgermeister in Rottweil, die eigene
Bürgerschaft im neuen Jahr begrüßt und einen Blick auf das vergangene Jahr
geworfen und Revue passieren lassen, was uns als Stadtgesellschaft beschäftigt und
bewegt hat. Dabei habe ich immer auch die Gelegenheit wahrgenommen den Blick in
das kommende Jahr zu richten, auf all das, was noch vor uns liegt.

Albert Einstein hat einmal gesagt: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die
Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“

Und die Zukunft ist auch das Thema, das in meiner Ansprache im Vordergrund steht.
Nicht als Weissagung oder als Erkenntnis aus der Zukunftsforschung. Ich möchte ja
seriös bleiben. Vielmehr geht es um die vor uns liegenden Herausforderungen,
denen sich die Städte und damit auch die Bürgerschaft stellen sollten, wenn sie –
ganz im Sinne von Albert Einstein – in ihr leben wollen. Wir können vor der Zukunft
nicht weglaufen.

Ihr Oberbürgermeister hat den Blick auf das gerichtet, was Remseck im letzten Jahr geschaffen und erreicht hat und auch einen Ausblick in die anstehende Entwicklung Ihrer Stadt gegeben und damit das Lokalkolorit gezeichnet.

Ich werde meinen Blick auf die zukünftigen Herausforderungen der Städte richten.

Als mich Ihr OB gefragt hatte, ob ich die Neujahrsrede in Remseck halten würde, habe ich spontan zugesagt und habe mir dann im Anschluss die Frage gestellt, welche Botschaft möchte ich Ihnen eigentlich vermitteln und vor allem, was erwarten Sie von einem Vertreter des Städtetags Baden-Württemberg, wenn Sie vielleicht gar nicht so genau wissen: was ist denn der Städtetag? Was macht der denn? Welche Aufgaben hat er?

Damit Sie nicht im Unwissen bleiben, möchte ich Ihnen das gerne kurz erläutern, wer wir sind und was wir tun:

Der Städtetag Baden-Württemberg ist ein Interessensverband, der in der Landesverfassung von Baden-Württemberg verankert und damit garantiert ist. Wir vertreten die Interessen der baden-württembergischen Städte gegenüber der Landesregierung und des Landtages. Darunter auch die der Großen Kreisstadt Remseck. Insgesamt repräsentieren wir 6,6 Mio. Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland. Unsere Geschäftsstelle befindet sich mitten in Stuttgart (Königstraße 2) und bei uns sind rund 40 Mitarbeitende beschäftigt.

So viel zur Einordnung.

Und wenn wir uns mit der Landesregierung im Austausch befinden, mit dem Ministerpräsidenten, den Ministern, Amtschefs der Ministerien und mit Abgeordnete des Landtages, dann geht es nicht nur um aktuelle Gesetzgebungsverfahren im Landtag wie etwa der Frage:

- ob in Zukunft Gemeinderatssitzungen live in die Wohnstuben übertragen werden sollen,
- wie die Kleinkindbetreuung in den Kitas trotz eklatantem Personalmangel und fehlender finanzieller Ausstattung der Städte sichergestellt werden kann,
- welche Erleichterungen notwendig sind, um Genehmigungsverfahren von Bauanträgen endlich zu beschleunigen,
- wie der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg wieder einen Spitzenplatz zurückgewinnt oder
- welche Entscheidungen das Land nun endlich treffen muss, um die Voraussetzungen für den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in den Grundschulen ab 2026 zu schaffen,

sondern es geht auch um die Zukunft der Städte und die entscheidende Frage: wie stemmen die Städte die Herausforderungen der Zeit?

Doch was sind denn überhaupt die Herausforderungen, denen sich die Städte stellen müssen?

In regelmäßigen Befragungen von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern aus ganz Deutschland kann man die zentralen und relevanten Themen der Kommunalpolitik ganz gut identifizieren und abbilden. Das Deutsche Institut für Urbanistik führt diese Umfragen jährlich durch und veröffentlicht das empirische Ergebnis in einem sogenannten OB-Barometer ab. Ich werde etwas später auf diese Herausforderungen eingehen. Zunächst möchte ich aber beim Bild des Barometers bleiben.

Ein Barometer ist eine Vorrichtung zum Messen des Luftdrucks, das auch die Veränderung des Luftdrucks aufzeichnet.

So wie dieses Barometer über den Luftdruck das Wetter von morgen voraussagen kann, so kann das DIFU über die Umfrage von Kommunalpolitiken, über das OB-Barometer die kommunalpolitische Großwetterlage von morgen voraussagen.

Wie sieht es also in den Städten mit dem Wetter von morgen aus? Wo gibt es einen Wetterumschwung mit freundlichen Aussichten, wo herrscht dicke Luft?

Vorneweg: Die Corona-Pandemie spielt keine Rolle mehr.

Zu den Herausforderungen der Zukunft zählen für die Städte

- der Klimaschutz,
- die Mobilität,
- die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- die Schaffung von Wohnraum,
- die Unterkunft und Integration von Geflüchteten,
- die Gewinnung von Personal und Fachkräften,
- die Digitalisierung sowie
- die Verbesserung der Rahmendaten für die Wirtschaft.

Ich möchte auf die einzelnen Punkte kurz eingehen.

Der Klimaschutz ist die wichtigste Herausforderung. Klimaschutz ist ohne die Städte nicht zu machen. Sei es bei der Sanierung von eigenen Liegenschaften, dem Ausbau des ÖPNV, der Errichtung der Wärmenetze, beim Bau von Windkraft- und PV-Anlagen – überall nimmt die Stadt eine zentrale Rolle ein. Dabei kommt der Stadt auch die Rolle zu, für die Akzeptanz vor Ort einzutreten. Die schrecklichen Starkregenereignisse im Ahrtal, die Überschwemmungen um den Jahreswechsel in Mittel- und Norddeutschland, die Trockenperioden in den vergangenen Jahren und die globale Erderwärmung lassen keinen Zweifel mehr zu: es besteht Handlungsbedarf. Kommunale Handlungsstrategien spielen dabei eine wichtige Rolle. 50 % des Energiebedarfs werden derzeit für die Erzeugung von Wärme benötigt. Daher muss die Umstellung von Gas- und Ölheizungen hin zur Nutzung industrieller Abwärme, von Abwasserabwärme oder von Solar- und Geothermie ein strategisches Ziel jeder Kommune für die nächsten Jahre sein.

Bei der Mobilität geht es vereinfacht ausgedrückt um die Umstellung von Individualverkehr auf den Öffentlichen Personenverkehr und damit auf Bus und Bahn. Der Verkehrssektor wird nur dann einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn viel mehr Menschen als bisher den ÖPNV nutzen. Klar ist allerdings, dass auch in der Zukunft das Auto eine wichtige Rolle spielen wird. Das gilt vor allem in ländlichen Raum, wo die ÖPNV-Infrastruktur nicht mit der in den Ballungszentren und Großstädten zu vergleichen ist. Noch greift die durch das Land vorgesehene Nahverkehrsabgabe nicht flächig. Es bedarf zur Mobilitätswende zunächst die Erfüllung von Mindeststandards im bus- und schienengebundenen Nahverkehr und damit Schienenausbau, Modernisierung der Weichentechnik, moderne Fahrgastinformationen und ein modernes und ausreichendes Fahrmaterial sowie Personal.

Der dritte Aspekt der zukünftigen Herausforderungen betrifft die Finanzierung der kommunalen Serviceversprechen. Viele der kommunalen Pflichtaufgaben sind nicht auskömmlich finanziert, d.h. die Einnahmen der Städte decken nicht die Ausgaben, die von Bund und Land vorgegeben sind. Hier braucht es dringend eine Umkehr von der gängigen Praxis, dass Berlin und Stuttgart Aufgaben vorgeben, ohne die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Viele Städte müssen dringende Investitionen etwa in Schulen, Kindergärten, Tief- und Hochbau und EDV streichen oder schieben, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen zu können. Viele wünschenswerte Projekte lassen sich daher nicht zeitnah umsetzen.

Vierter Punkt: Schaffung von Wohnraum. Hier benötigen wir dringend eine Trendwende im kommunalen Wohnungsbau und bei den Sozialwohnungen. Aufgrund der gestiegenen Baukosten, der angezogenen Energiepreise und dem Zinsanstieg herrscht nahezu Stillstand auf dem Wohnungsmarkt. Es braucht dringend eine landesweite Wohnraumförderung mit Verfahrenserleichterungen und neuem Geld von Bund und Land, um dringend erforderliche Wohnungen für die unteren und mittleren Gehaltsstufen zu schaffen. In ganz Deutschland fehlen 900.000 Sozialwohnungen, in Baden-Württemberg 200.000.

Weiterhin werden wir in diesem Jahr in den Kommunen die Unterbringung und Integration von Geflüchteten gewährleisten. Derzeit zeigt der Trend bei den Zugängen nach unten. Das Justiz- und Migrationsministerium geht davon aus, dass dafür vor allem die erweiterten Grenzkontrollen im Zuge der reformierten Asylpolitik verantwortlich ist. Das Land wird allerdings am Ziel festhalten, die Erstaufnahmekapazitäten zu erhöhen, damit die Belegung von Sport- und Kulturhallen vermieden werden kann.

Viele der genannten Aufgaben erledigen sich nicht von alleine. Wir brauchen dafür ausgebildetes und qualifiziertes Personal. Und das fehlt uns heute schon. Wir erleben überall den demografischen Wandel. Wir werden älter und wir werden weniger. Das bereitet uns in den Städten Sorge, weil heute schon viele Stellen unbesetzt sind. Darüber hinaus gehen in den nächsten Jahren die geburtenstarken

Jahrgänge in den Ruhestand mit der Folge, dass aller Voraussicht nach rund ein Drittel aller Stellen in den Kommunen nicht wiederbesetzt werden können. Wer in den Rathäusern die besseren Arbeitsbedingungen bietet, ist klar im Vorteil. Wir müssen aber aufpassen, dass sich die Städte nicht gegenseitig überbieten und kanibalisieren. Daher sollten etwa die Zugangsbedingungen bei den Hochschulen für den öffentlichen Dienst gesenkt, das Dienst- und Tarifrecht sowie Laufbahnen flexibler gestaltet und der Einzug der KI bei Routineaufgaben genutzt werden.

Und damit wären wir bei der Digitalisierung. Punkt 7. Während die Digitalisierung der Kommunikation pandemiebedingt rasant und effektiv vorangeschritten ist, konnte das Tempo bei der weiteren Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nicht gehalten werden. Das hat mehrere Gründe: die finanzielle und personelle Situation habe ich angesprochen. Darüber hinaus müssen die Voraussetzungen für die Digitalisierung erst geschaffen werden, d.h. viele Pläne, Bauakten und Bestandsdaten aus der Vergangenheit liegen in den Archiven den Rathäusern nur in Papierform vor. Ziel muss es sein, dass Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse vollständig digital abgebildet werden, von der Antragstellung bis zur Genehmigung.

Das wesentliche Kennzeichen all dieser Herausforderungen ist, dass diese nicht nacheinander und geordnet auf die Städte zukommen, sondern alle gleichzeitig und mit zunehmender Geschwindigkeit. Das Barometer zeigt auf eine dynamisch veränderte politische Wetterlage.

Danach befinden wir uns in einem Zustand der neuen, sich überlagernden Herausforderungen, die an Geschwindigkeit zunehmen und die durch die Verantwortlichen vor Ort gemeistert werden müssen.

Dass diese Wetterlage Sorgen bereitet, ist nachvollziehbar. Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat übrigens Anfang Dezember nicht von ungefähr das Wort "Krisenmodus" als Wort des Jahres 2023 gewählt.

Es gibt Menschen, die von Krise und einem Ausnahmezustand als Dauerzustand sprechen. Wer sich allerdings im Krisenmodus befindet, bei dem löst diese Situation auch Unsicherheit und Orientierungslosigkeit aus.

Bereits in den 1990er Jahren entstand für dieses Phänomen der Veränderungen und Umwälzungen ein Begriff: VUCA. VUCA ist ein Kunstbegriff, eine Abkürzung unter der Verwendung der Anfangsbuchstaben von vier Begriffen. Die Deutschlehrer unter Ihnen werden jetzt sagen: es handelt sich um ein Akronym.

VUCA steht für vier englische Begriffe, die übersetzt lauten: Unbeständigkeit, Unsicherheit, Komplexität, Mehrdeutigkeit (auf Englisch: volatility, uncertainty, complexity, ambiguity).

Und diese Merkmale treffen im Großen und Ganzen zu, wenn man sich die Realität in den Städten vor Augen hält. Die Lage ist unbeständig, unsicher, komplex und mehrdeutig. Das muss nicht schlecht sein. Im Gegenteil. Aus meiner Sicht steht dabei nicht „Ausnahmezustand“ oder „Krise“ im Vordergrund, sondern „Chance“. Chance auf Veränderung im Positiven.

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hat einmal gesagt: „Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“

Die Städte haben sich in der Vergangenheit immer großen Herausforderungen stellen müssen.

Das galt und gilt auch für Remseck. Auch Ihre Stadt hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert, hat sich den jeweiligen Herausforderungen der Zeit gestellt und einen enormen positiven Entwicklungsprozess durchgemacht.

Anhand Ihrer Stadt möchte ich eine weitere Herausforderung der Zukunft verdeutlichen und werde dabei kurz in die Geschichte von Remseck eintauchen.

Unter der Ägide von

- Bürgermeister Peter Kuhn,
- Oberbürgermeister Karl-Heinz Schlumberger und
- dem amtierenden OB Dirk Schönberger

hat sich Ihre Stadt weiterentwickelt. Damit verbunden war eine Dynamik, die heute mehr ist als nur eine städtebauliche Entfaltung.

Wenn man die Stadtgründung 1975 und die Namensgebung zwei Jahre später als Startpunkt und damit als Remseck 1.0 bezeichnen würde, dann führt das Zusammenwachsen der Stadtteile zu Remseck 2.0.

Zu Remseck 2.0 gehören

- der Bau des wichtigen Stadtbahnanschlusses,
- die Übernahme von Pattonville als neuer Stadtteil,
- die Erhebung von Remseck zur Großen Kreisstadt und damit zu mehr Eigenständigkeit, aber auch mehr Verantwortung,
- der Bau des zentralen Rathauses mit Stadthalle und Kubus sowie
- die Renaturierung des Neckars samt Neckarstrand und *Remstal Gartenschau 2019*.

Zu Remseck 2.0 sind auch zu zählen

- die Ideen und Visionen zur Weiterentwicklung der Neuen Mitte und
- die Planung zur Westrandbrücke, die die Voraussetzung dafür schafft, dass die Stadt vom Verkehr entlastet, die Mobilitätswende eingeleitet und neue Wohngebiete erschlossen werden können. Das alles könnte mit Remseck 2.0 bezeichnet werden.

Es gibt sicherlich unterschiedliche Sichtweisen, wie eine Stadt definiert werden kann. Und wenn Sie sich selber die Frage stellen:

- was macht Remseck aus?
- Was sind die Wesensmerkmale dieser Stadt?
- Was macht sie lebenswert und liebenswert,

da hat sicherlich jeder von Ihnen eine andere Antwort drauf. Jeder von uns erlebt die Stadt anders.

Der griechische Philosoph Perikles war einer der führenden Staatsmänner der Antike. Von ihm stammt die Aussage, dass die Menschen, nicht die Häuser eine Stadt ausmachen. Der Mensch haucht der Stadt Leben ein, nicht die Gebilde aus Stein und Glas.

Die Stadt ist mehr als nur eine Ansammlung von Gebäuden.

Eine Stadt ist auch ein Ort, wo verschiedene Lebensweisen, Anschauungen und Kulturen aufeinandertreffen und nebeneinander existieren und zugleich in einem produktiven Austausch zueinander treten und es zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten kommen kann.

Für den großen deutsch-britischen Soziologen und Politiker Ralf Dahrendorf waren Konflikte ein zentrales Lebenselement jeder Gesellschaft, und ein friedlich ausgetragener Konflikt ist immer auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens und der Demokratie in einer Stadtgesellschaft.

Wie man mit dem Lebenselement „Konflikt“ nun umgeht, das ist eine weitere Herausforderung, denen sich die Städte stellen müssen. Die Bürger der Stadt wollen mitgenommen werden und überlassen es nicht mehr nur der repräsentativen Demokratie und damit dem Gemeinderat und dem Oberbürgermeister, wie sich eine Stadt entwickeln soll.

Auch in Remseck gab es dieses „Lebenselement“ in Form der Weststrandbrücke. Ein wichtiges städtebauliches Projekt für die weitere Entwicklung der Stadt, das im Gemeinderat diskutiert wurde, an dem sich jedoch in der Bürgerschaft die Geister schieden.

Durch die Art und Weise, wie Gemeinderat, Oberbürgermeister und auch Kommunalverwaltung mit diesem Konflikt umgingen, beschritt die Stadt neue Wege. Das Neue daran war, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein breites Angebot an aktiven und direkten Beteiligungsmöglichkeiten in Form von freiwilligen und informellen Planungswerkstätten, Workshops, Informations- und Dialogveranstaltungen, Jugendforen, online-Beteiligungen angeboten wurden, die weit über das normierte Soll hinausgehen. Bürgerbeteiligung als gelebte Demokratie. Auch die Schaffung einer eigenen Stabstelle *Bürgerbeteiligung*, die direkt beim OB angesiedelt ist, zeigt die hohe Wertigkeit dieser Aufgabe.

Dadurch entwickelte sich Ihre Stadt weiter. Vielleicht vermuten Sie es schon: Ihre Stadt entwickelte sich weiter zu Remseck 3.0.

3.0 steht für ein neues Demokratieverständnis und für einen neuen Umgang mit dem Bürger. In keiner der Zeitepochen seit der Stadtgründung und auch davor waren die Bürger so stark an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen interessiert und beteiligt wie derzeit. Remseck 3.0 hat ganz viel mit einer Politik *für* und *mit* den Bürgern zu tun. Das Verbindende steht genauso im Vordergrund wie eine Beteiligungskultur, die nicht Alibi und spontan ist, sondern ein ernst gemeintes institutionalisiertes Angebot, gemeinsam die Zukunft dieser Stadt zum Besten zu gestalten.

Gemeinderat und OB haben dies bei der Entscheidung zur Weststrandbrücke und dem breiten dialogischen Bürgerbeteiligungsverfahren im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid im Jahr 2020 unter Beweis gestellt. Die partizipatorische Demokratie hat in Remseck ein gutes Ergebnis hervorgebracht und zu einer Befriedung der Stadtgesellschaft geführt.

Meine Damen und Herren,
darin liegt aus meiner Sicht eine wichtige Antwort auf die Frage, wie sieht die Zukunft unserer Städte aus? Es braucht die Bereitschaft, den Mut und die Fähigkeit, neue Wege zu gehen und sich gemeinsam mit der Bürgerschaft den Herausforderungen der Zukunft offensiv zu stellen.

Eine lebendige Stadt ist dabei auf die Bereitschaft der Bürger angewiesen, sich ehrenamtlich für ihre Belange einzubringen, sich zu engagieren und dem Gemeinwohl zu dienen.

Ihre Stadt verdankt ihre Leistungsfähigkeit zum ganz großen Teil dem bürgerschaftlichen Zusammenhalt und dem vorhandenen demokratischen Grundverständnis. Viele von Ihnen tragen dazu bei: im Ehrenamt als Gemeinderätin oder Gemeinderat, in den Sport- und Kulturvereinen, beim DRK, in den Kirchengemeinden, im Treffpunkt für Senioren, im Musikverein u.v.m. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein wichtiges Fundament für eine funktionierende und als gerecht empfundene Stadtgesellschaft.

Daher ist es wichtig, das kommunalpolitische Ohr ganz nah an den Bürgerinnen und Bürgern zu haben, um zu erfahren, wie die Stimmung vor Ort ist, um ein Gespür davon zu erhalten, welche Themen von Konsens getragen werden und welche auf Widerstand stoßen. Das ist eine wichtige Eigenschaft, über die jeder Kommunalpolitiker verfügen sollte, auf die Menschen zuzugehen und genau hinzuhören, bevor dicke politische Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß gebohrt werden.

Die Wissenschaft nennt es partizipatorische Demokratie. Ich nenne es „Zupfärmeldemokratie“, wenn Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, auf dem

Wochenmarkt, bei der Hocketse des Musikvereins, nach dem Kirchengang oder beim Fußballspiel Ihrem OB am Ärmel „zupfen“ und ihn auf all das ansprechen, was Ihnen gerade wichtig erscheint und keinen Aufschub duldet.

Diese „Zupfärmeldemokratie“ ist etwas ganz Wichtiges. Für die Bürgerinnen und Bürger und für Politiker. Demokratie kann nämlich nur funktionieren, wenn sie die Sache aller ist! Und Gleichgültigkeit ist der größte Feind der Demokratie. Gerade in den Städten konstituiert sich das, was wir Demokratie nennen, nämlich der unmittelbare Austausch über die Themen unserer Zeit.

Die Städte sind die tragende Säule unserer Demokratie. Und Demokratie steht für Vielfalt, Gespräche, Streit, Toleranz, manchmal auch für Widersprüchliches, auf jeden Fall aber immer für Freiheit. Eine Freiheit, die sich derzeit in Gefahr befindet. Durch Hass und Hetze gegenüber Repräsentanten des Staates und der Städte, durch den respektlosen und provozierenden Umgang mit Politikern, durch Geheimtreffen von Rechtsextremisten und durch Umsturzfantasien.

Meine Damen und Herren,
auch das gehört zu den Herausforderungen der Städte, gerade mit Blick auf die anstehenden Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni dieses Jahres, nämlich dafür zu werben, dass die Demokratie zu den überlegenden Staats- und Regierungsformen gehört und jede Form von Extremismus ins Verderben führt. Das lehrt uns unsere eigene Geschichte.

Demokratie bedeutet Frieden, Freiheit und Wohlstand. Das dürfen wir nicht gefährden.

Deswegen ist es gerade jetzt Zeit für alle Demokraten,

- Stellung zu beziehen,
- sich gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu erheben und
- für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und für den Rechtsstaat einzustehen.

Die deutschen Städte haben Stellung bezogen. Hierzu gab es einen Grund. Einen aktuellen Anlass. Das Geheimtreffen in Potsdam!

Ich war in dieser Woche mit dem Deutschen Städtetag in Trier. Dort haben wir über diesen Vorgang gesprochen. Über das Geheimtreffen in Potsdam und eine Erklärung abgegeben („*Trierer Erklärung*“). Die deutschen Städte erklären, dass *das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland uns alle schockiert hat. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.*

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und

Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen werden: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

Die Städte müssen Orte der Demokratie bleiben. Wenn es uns allen gelingt, diesen wichtigen Austausch zwischen Politik und Bürgerschaft auch in der Zukunft zu leben und Demokratie als ein gewinnbringendes Wechselspiel von Herausforderung, Kooperation und Partizipation und weiterhin als die beste Staatsform verstehen, die wir weltweit haben, dann können wir alle zusammen weiterhin selber die Zukunft unserer Städte zu unserem aller Wohle beeinflussen. Denn: „Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Weg geben.“

Mit diesem Zitat von Wilhelm von Humboldt wünsche ich Ihnen allen, dass die Verbindungen mit Menschen auch im neuen Jahr für Sie und für uns alle Wegweiser und Orientierung zugleich sind. Lassen Sie uns diese Verbindungen zu Menschen pflegen und ausbauen, im Beruf, im Ehrenamt, im Privaten oder ganz einfach heute Abend beim geselligen Zusammensein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr 2024. Bewahren Sie sich ihre Zuversicht - und „Suchet der Stadt Bestes“ (Predigt Jer 29,4-7).